

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (10. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Undine Kurth (Quedlinburg), Bärbel Höhn,
Ulrike Höfken, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/841 –**

Einfuhrverbot für Katzen- und Hundefelle

A. Problem

Bislang gibt es keine Rechtsgrundlage, die die Einfuhr von behandelten Hunde- und Katzenfellen nach Deutschland verbietet und eine Kennzeichnungspflicht von Fellen verlangt. Die Möglichkeit eines EU-weiten Verbots des Handels mit Hunde- und Katzenfellen und erforderlichenfalls eines Vorschlages für ein Kennzeichnungssystem für Felle wird bereits seit längerem auf EU-Ebene erörtert und seit 2005 von der Kommission geprüft.

Zahlreiche Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben bereits ein Verbot der Einfuhr von Katzen- und Hundefellen und -häuten, des Handels mit diesen sowie der Nutzung von Katzen und Hunden zur Fell- und Hautgewinnung erlassen.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, insbesondere ein entsprechendes nationales Verbot zu erlassen und sich für diesbezügliche Restriktionen auf EU-Ebene einzusetzen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrages mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, einigen Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung einiger Mitglieder der Fraktion der SPD

C. Alternativen

Annahme des Antrages auf Drucksache 16/841.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/841 abzulehnen.

Berlin, den 20. September 2006

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Ulrike Höfken
Vorsitzende

Dr. Peter Jahr
Berichterstatter

Dr. Wilhelm Priesmeier
Berichterstatter

Hans-Michael Goldmann
Berichterstatter

Dr. Kirsten Tackmann
Berichterstatterin

Undine Kurth (Quedlinburg)
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Dr. Peter Jahr, Dr. Wilhelm Priesmeier, Hans-Michael Goldman, Dr. Kirsten Tackmann und Undine Kurth (Quedlinburg)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 16/841** in seiner 37. Sitzung am 1. Juni 2006 beraten und an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen. Die vorliegende Petition ist in die Beratungen eingeflossen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Für ein Einfuhrverbot von behandelten Hunde- und Katzenfellen nach Deutschland gibt es bisher keine Rechtsgrundlage sowie keine Kennzeichnungspflicht von Fellen. Die Möglichkeit eines EU-weiten Verbots des Handels mit Hunde- und Katzenfellen und erforderlichenfalls eines Vorschlages für ein Kennzeichnungssystem für Felle wird bereits seit 2005 auf EU-Ebene geprüft.

Zahlreiche Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben bereits ein Verbot der Einfuhr von Katzen- und Hundefellen und -häuten, des Handels mit diesen sowie der Nutzung von Katzen und Hunden zur Fell- und Hautgewinnung erlassen.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, entsprechende nationale Verbote zu erlassen, sich für diesbezügliche Verbote auf EU-Ebene und auf EU- und internationaler Ebene für ein Kennzeichnungssystem und eine Kennzeichnungspflicht für in Kleidungsstücken verarbeitete Felle einzusetzen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat die Vorlage auf Drucksache 16/841 in seiner 15. Sitzung am 20. September 2006 beraten und empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei einer Stimmenthaltung aus den Reihen der Fraktion der FDP.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage auf Drucksache 16/841 in seiner 16. Sitzung am 20. September 2006 beraten und empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat die Vorlage in seiner 24. Sitzung am 20. September 2006 abschließend beraten und empfiehlt die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/841 mit den Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und einigen Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung einiger Mitglieder der Fraktion der SPD.

Die **Fraktionen der CDU/CSU und SPD** erklärten, sie könnten die Argumentation der antragstellenden Fraktion nachvollziehen und unterstützen. Die Europäische Kommission habe jedoch angekündigt, bis zum Jahresende das Importverbot für Hunde- und Katzenfelle umzusetzen. Dies sei eine weitergehende Maßnahme, die am ehesten Chancen böte, das Problem europaweit zu regeln. Diese europäische Initiative solle unterstützt werden. Nationale Alleingänge würden dagegen nicht befürwortet, da sie nicht ausreichend wirksam seien.

Die Fraktion der CDU/CSU gab folgende Erklärung zum Abstimmungsverhalten ab: Die Fraktion der CDU/CSU hätte dem Antrag zugestimmt, wenn die antragstellende Fraktion den einzig zielführenden Punkt, nämlich die Nummer 2, als ausschließlichen Punkt des Antrags zur Abstimmung gestellt hätte.

Die **Fraktion der FDP** führte aus, dass der Antrag in die richtige Richtung gehe und unterstützt werden sollte. Eine Lösung auf nationaler Ebene sei sinnvoll, da sie schneller wirke. Auf die europäische Entscheidung würde gewartet, sie sei aber dennoch wichtig. Aber es sei nun ein richtiges Signal, den Antrag gemeinsam zu unterstützen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** legte dar, dass die Entscheidung längst überfällig sei. Es helfe nicht, nach Europa zu schauen. Es sei an der Zeit, jetzt ein Signal zu setzen, denn die Quälerei von Hunden und Katzen verbiete sich für eine Kultur-nation.

Die antragstellende **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erläuterte den Antrag und wies darauf hin, dass es notwendig sei, die Einfuhr von Hunde- und Katzenfellen für die Gewinnung von Häuten und Fellen zu untersagen. Weiterhin werde die Bundesregierung darin aufgefordert, sich für ein europaweites Verbot und für eine Kennzeichnungspflicht für in Textilien verwendete Felle einzusetzen. Die Fraktion wies auf einen Fehler im Begründungstext auf Drucksache 16/841 hin und bat, im letzten Satz die Worte ‚nachhaltige Nutzung‘ zu streichen.

Berlin, den 20. September 2006

Dr. Peter Jahr
Berichtersteller

Dr. Wilhelm Priesmeier
Berichtersteller

Hans-Michael Goldman
Berichtersteller

Dr. Kirsten Tackmann
Berichterstellerin

Undine Kurth (Quedlinburg)
Berichterstellerin

